



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

18.12.03

Personalversammlung der Stadtverwaltung

#### Presseerklärung

In der Personalversammlung der Stadtverwaltung wurde dem Vernehmen nach die Erwartung formuliert, dass auch klare Signale aus den Fraktionen zum Thema der betriebsbedingten Kündigungen kommen. Wenn ‚Langemeyer der einzige OB-Kandidat bleiben sollte, der diese Garantie gebe, habe er die Unterstützung des Personalrates verdient.’

Dazu stellt die Oberbürgermeisterkandidatin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest:

„Der Personalrat weiß sehr wohl, dass DIE GRÜNEN in der Ablehnung der betriebsbedingten Kündigungen immer eine klare Position bezogen haben, wobei allen Beteiligten klar sein muss, welcher Anstrengungen es bedarf, um diese Arbeitsplatzgarantie auf Dauer halten zu können.

Als Oberbürgermeisterkandidatin der GRÜNEN hätte ich unsere Position zu dieser Frage auch gerne erläutert, wenn ich eine Einladung zur Personalversammlung erhalten hätte, die bedauerlicherweise nicht erfolgt ist.

Es ist vollkommen richtig, dass sich die Situation der Beschäftigten der Stadtverwaltung insgesamt in mehrfacher Hinsicht verschlechtert. Dies betrifft sowohl die Einkommenssituation als auch die Arbeitszeit, von der bisher die Beamten betroffen sind. Um so wichtiger erscheint es mir, die ins Stocken geratene Verwaltungsstrukturreform unter Berücksichtigung der neuen Bedingungen beschleunigt und konsequent fortzusetzen. Insbesondere muss eine Gewichtung der kommunal wahrzunehmenden Aufgaben erfolgen, um die extreme Verdichtung der Arbeitszeit insbesondere in den Bereichen der Kinder- Jugend und Sozialverwaltung aufzuheben und Arbeit insgesamt so zu verteilen, dass die Aufgaben effektiv erledigt werden können.

Dazu gehört auch, dass die Ämterstruktur auf den Prüfstand gestellt wird, um Synergieeffekte zu nutzen und leistungsfähige Einheiten herzustellen, die den wechselnden Anforderungen gerecht werden und in der Lage sind, auf neue gesellschaftliche Entwicklungen flexibel zu reagieren.



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Aus unserer Sicht ist es keine Lösung, immer mehr städtische Gesellschaften zu privatisieren. Aktuell geht es zum Beispiel darum, dem Klinikum Dortmund eine Zukunft als kommunales Krankenhaus zu ermöglichen. Auch dafür werden wir uns einsetzen.

Unsere Fraktion ist gerne bereit, diesen Dialog fortzusetzen und daran mitzuarbeiten, dass die Verwaltung ihre wichtigen gesellschaftlichen Funktionen weiter in vollem Umfang wahrnehmen kann.“